

Rücktritt der King = Regierung.

Auflösung des Parlamentes vom General-Gouverneur abgelehnt.

Meighen soll konservative Regierung bilden.

Dunning als neuer liberaler Führer genannt

Ottawa, 28. Juni. — Heute Nachmittag um 2 Uhr machte Premier Meighen, der am 29. Juli 1925 wieder zur Regierungsbildung berufen worden war, dem Unterhaus folgende Mitteilung:

„Das öffentliche Interesse verlangt die Auflösung dieses Hauses. Als Premierminister gab ich seiner Excellenz (dem Generalgouverneur) einen diesbezüglichen Rat. Seine Excellenz haben jedoch die Auflösung abgelehnt. Darauf reichte ich das Rücktrittsgesuch der Regierung ein, das seine Excellenz annehmen geruht.“

Premier King beantragte sofort die Auflösung des Hauses.

Meighen: „Sagen Sie uns: Wann wird das Haus sich auflösen?“

Premier: „Morgen.“

Sir Henry Dutton: „Sie 2 Uhr morgen?“

Premier King nickte.

Der „Sergeant-at-Arms“ begleitete den Sprecher hinaus, wie das bei Verfassungen üblich ist. Daraufhin brachen die Konservativen in lauten Beifall aus.

Man erwartete, daß nicht Honorable Arthur Meighen, der Führer der konservativen Partei, vom Generalgouverneur aufgefordert werden wird, eine neue Regierung zu bilden.

Ottawa, 29. Juni. — Meighen hat bereits eine Besprechung mit dem Generalgouverneur. Wie man erzählt, hat er sich zur Bildung einer neuen Regierung bereit erklärt. Er soll bereits heute auf das Amt des Premierministers eingeweiht werden. Als provisorische Minister des neuen Kabinetts werden genannt Sir Henry Dutton, D. H. Stevens und Don. Hugh Guthrie.

Morgen Nachmittag tritt das Unterhaus wieder zusammen. Meighen verläßt, wenn er einmal als Premierminister eingeweiht ist, seinen Sitz im Hause und muß sich einer Neuwahl unterwerfen. Dasselbe gilt für seine Parteifreunde, die bezeugt werden als Mitglieder der Krone einzunehmen. Es ist daher vorzuziehen, vorläufig nur stellvertretende Minister zu ernennen, um die noch ausstehende Gesetzgebung erledigen zu lassen. Da die Konservativen über keine absolute Mehrheit verfügen, sind sie in diesem Falle auf die Unterstützung der Progressiven angewiesen. Diese werden ebenso wie die Liberalen morgen Fraktionsstimmungen abhalten.

Manche glauben, daß Meighen sich in einem Appell an das Land entscheiden werde.

Dunning als liberaler Führer?
Ottawa, 28. Juni. — Seit dem Rücktritt von Premier Meighen ist das Gerücht in Umlauf gesetzt worden, daß er auch die Führung der liberalen Partei übernehmen wolle, wobei Don. C. A. Dunning als Nachfolger genannt wird.

Die Vorgeschichte.
Wie in der letzten Nummer mitgeteilt wurde, ist der Bericht über die canadische Jollunterführung dem Unterhaus unterbreitet worden. Die Debatte, die sich darüber im Laufe der letzten Woche entspann, war außerordentlich lebhafter Natur. Die Hauptfrage, welche die Gemüter der Abgeordneten beschäftigte, war die: Inwieweit trifft den Jollminister eine Schuld an den unerfreulichen Vorgängen in der Jollverwaltung? Don. D. Stevens (Konservativer, Boncomer Centre), auf dessen Anschuldigungen hin das Komitee zur Untersuchung der Jollverwaltung eingesetzt worden war, stellte folgendes Mißtrauensvotum:

„Der Premierminister und die Regierung hätten seit beträchtlicher Zeit Kenntnis von der täuschenden Täuschung des Jollministeriums für Joll und Abgaben. Der Verleger in Bezug auf eine fälschliche und wirksame Aktion ist keineswegs zu rechtfertigen. Das Verhalten des gegenwärtigen Ministers des Departments, Don. George S. Brown, im Falle von Joll, ist ein Verstoß gegen seine Pflichten.“

An diesem Antrag brachte J. S. Woodsworth der Arbeiterabgeordnete von Winnipeg ein „Sub-Amendment“ ein, das folgende Forderungen aufstellte:

1. Es soll eine Untersuchungskommission ernannt werden, um die Beseitigung des Jollministeriums zu untersuchen.

2. Der Name von R. A. Farro, dem stellvertretenden Jollminister, soll zu der Liste jener hinzugefügt werden, welche entlassen werden.

3. Gleichfalls enthält das „Sub-Amendment“ einen Tadel der Regierung oder des Jollministers.

Die Debatte wurde immer lebhafter. Die Konservativen hielten nicht mit ihren Angriffen auf die Regierung, während die Liberalen sich nicht nur gegen diese, sondern auch gegen einige Progressiven zu verteidigen hatten.

Am Samstag Morgen um 5.30 vertagte sich das Haus nach 15 stündiger Sitzung. Amor waren einige Verfassungsanträge abgelehnt worden. Auch das „Sub-Amendment“ von Woodsworth fiel unter den Tisch.

Es wurde mit 117 gegen 115 verworfen. Mit den Konservativen stimmten dabei fünf Progressiven, nämlich Campbell, Macenzie, Lucas, Cantlo, Boutillier, Regouille, Fawcett, Kist Mountain, Kennedy, Peace River. Die anderen Progressiven, die Arbeitervertreter und die Unabhängigen stimmten mit den Liberalen für das „Sub-Amendment“. Schließlich wurde ein liberaler Vertrauensantrag angenommen.

Die Abstimmung über den fortgeführten Mißtrauensantrag war bis Montag verschoben worden.

Man erwartet, daß sich aus der schwierigen parlamentarischen Lage, die von der Regierung als unhaltbar angesehen wurde, die Abdankung ergeben wird. Die bereits oben berichtet ist.

Dr. Seipel, Wien, kommt

Weiterer Redner, Dr. Hilgenreiter, Prag.

D. S. Vater Riedorf, O.R.S., der Generalsekretär des Volksvereins, der am Montag von Chicago zurückgekehrt ist, teilt uns mit:

An dem allgemeinen Katholikentag am 7. und 8. Juli in Regensburg werden die beiden Bischöfe, Erzbischof Matthias von Regensburg und Bischof Paulus von Passau, teilzunehmen. Der frühere Bundeskanzler von Österreich, Herr Dr. Ignaz Seipel, der Tagung beizuwohnen und am 7. Juli in der Stadt Halle in Regensburg eine Rede halten. „Bischof Seipel,“ so erzählten die Teilnehmer, „wird am Sonntag, dem 7. Juli, in Regensburg eine Rede halten. Es ist somit auf diesem Katholikentag eine Gelegenheit geboten, tüchtige Redner zu hören, die vielleicht nie wiederberufen wird.“

(Hm. d. Med.: Dr. Hilgenreiter, von dem in dieser Nacht die Rede ist, gilt als eine der hervorragendsten Führer des Katholizismus in der Tschechoslowakei.)

Anschlag auf spanische Diktatur vereitelt

Genève, 28. Juni. — Spanische Grenze, 26. Juni. — Nach Entdeckung einer aufreißerischen Bewegung in Spanien wurden 21 Personen verhaftet. Zu ihnen gehört General Bepier, der spanische Befehlshaber von Kuba vor dem Krieg mit den Vereinigten Staaten. General Aguirre stand an der Spitze der Bewegung, die in Barcelona und Valencia am höchsten war.

Alfonso hat keine geplante Abreise nach Paris beschlossen. Verbindungen mit Spanien sind unterbrochen.

Dazu kommt aus Paris folgende Mitteilung: Ein von Republikanern und Liberalen unterstützter Anschlag, welcher den Sturz der Regierung von Primo de Rivera in Spanien zum Zweck hatte, ist entsetzt. Viele Personen, darunter zahlreiche Intellektuelle, sind in Haft. Zu den Gefangenen des Aufstands, welcher das Volk zur Beilegung des Diktators de Rivera auffordert, gehört der Herzog von Kubi, zur Zeit der spanischen Herrschaft über Kuba als Generalgouverneur bekannt. Die Konzentration von Soldaten in Kuba erregt in den Vereinigten Staaten und in der Welt große Entrüstung, daß ein von seinem Posten als Generalgouverneur abberufen wurde. Er ist jetzt in Palma, Insel Majorca, und soll unter strenger Überwachung stehen.

Der Anschlag sollte Mittwoch Nacht ausgeführt werden. Unter den verhafteten Intellektuellen sind der namhafte Bildhauer Benlliure und mehrere republikanische Abgeordnete.

Die ersten Wahlergebnisse Canada und die internationale Politik.

Farmerregierung soll großen Erfolg errungen haben.

Brownlee und sein Kabinett siegreich

Calgary, 28. Juni. — Um Mitternacht war der Stand der Parteien nach den Ergebnissen der heute stattgefundenen Provinzialwahlen folgender:

Farmer: 42
Liberal: 9
Konservativ: 5
Arbeiter: 2
Unabhängig: 1
Zusammen: 60

Demnach haben die Vereinigten Farmer von Alberta ihren Erfolg vom Jahre 1921 noch bedeutend gesteigert und von der Bevölkerung der Provinz ein Vertrauensvotum erhalten. Soweit sich bis jetzt überlegen läßt, hat die Regierung ihre Stellung in der Legislatur nicht nur behauptet, sondern sogar noch verstärkt. Der Wahlerfolg der Farmer ist aus liberalen Händen an die Farmerpartei übergegangen. Alle Minister der Brownlee-Regierung wurden ebenso wie der Premier selbst wiedergewählt. Auch der neuernannte Minister General, Don. J. F. Lamborn, wurde in Edmonton gewählt. Er bekam 2,958 Stimmen. Ihm folgte der Konservative C. A. Weaver mit 2,151 und der Liberale B. B. Brown mit 1,460 Stimmen.

Nach dem neuen Wahlergebnis werden verschiedene zweite Wahlen notwendig werden, jedoch das endgültige Wahlergebnis noch nicht vorliegt. Folgende Kandidaten wurden als gewählt erklärt:

Acadia—Boudreau, Farmer.
Alexandra—Engenauer, Farmer.
Beaver River—Desjardis, Farmer.
Camrose—Smith, Farmer.
Cardston—Stringham, Farmer.
Clareholm—Waller, Farmer.
Coronation—Robinson, Farmer.
Calgary—McMillan, Konservativ.
Edmonton—Glanville, Farmer.
Empress—B. C. Smith, Farmer.
Graveland—Waller, Farmer.
Hinton—Waller, Farmer.
Jasper—Waller, Farmer.
Lethbridge—Waller, Farmer.
Medicine Hat—Waller, Farmer.
Moose Jaw—Waller, Farmer.
Regina—Waller, Farmer.
Saskatoon—Waller, Farmer.
Swift Current—Waller, Farmer.
Weyburn—Waller, Farmer.
Yorkton—Waller, Farmer.

Inrichtbare Hochwasserschäden in Deutschland.

Schaden auf 30 Millionen Dollars geschätzt

Weniger Menschen ertranken. — Soldaten von Bliz erschlagen.

Berlin, 26. Juni. — Infolge des Hochwassers in weiten Teilen Norddeutschlands kamen 15 Menschen ums Leben. Der Eigentumschaden wird auf 30 Millionen Dollars veranschlagt, 100,000 Acker von angebautem Land sind unter Wasser. Es ist das schlimmste Unglück dieser Art seit hundert Jahren.

Spannigste Soldaten, ein Hundel des regelmäßigen Dienstes werden für den Hilfsdienst verwendet. An der Elbe und Oder wurden alle körperlich fähigen Zivilisten aufgerufen, um weitere Dammbrüche zu verhindern.

In der Nähe von Halle sind verschiedene Dörfer vollständig von Wasser umgeben. Flugsand weht von den Dämmen. General Aguirre stand an der Spitze der Bewegung, die in Barcelona und Valencia am höchsten war.

Alfonso hat keine geplante Abreise nach Paris beschlossen. Verbindungen mit Spanien sind unterbrochen.

Dazu kommt aus Paris folgende Mitteilung: Ein von Republikanern und Liberalen unterstützter Anschlag, welcher den Sturz der Regierung von Primo de Rivera in Spanien zum Zweck hatte, ist entsetzt. Viele Personen, darunter zahlreiche Intellektuelle, sind in Haft. Zu den Gefangenen des Aufstands, welcher das Volk zur Beilegung des Diktators de Rivera auffordert, gehört der Herzog von Kubi, zur Zeit der spanischen Herrschaft über Kuba als Generalgouverneur bekannt. Die Konzentration von Soldaten in Kuba erregt in den Vereinigten Staaten und in der Welt große Entrüstung, daß ein von seinem Posten als Generalgouverneur abberufen wurde. Er ist jetzt in Palma, Insel Majorca, und soll unter strenger Überwachung stehen.

Der Anschlag sollte Mittwoch Nacht ausgeführt werden. Unter den verhafteten Intellektuellen sind der namhafte Bildhauer Benlliure und mehrere republikanische Abgeordnete.

Canada und die internationale Politik.

Bourassa verurteilt den Versailler Vertrag als ein Denkmal der Torheit und Ungerechtigkeit

Scharf Kritik am Locarnopakt.

Ottawa. — Im canadischen Unterhaus fand kürzlich eine interessante Debatte über internationale Verträge unter besonderer Berücksichtigung des Locarnopaktes statt. Der Premierminister Macdonald teilte den Antrag, nach den Wahlen der britischen Reichskonferenz vom Jahre 1923 bei Verhandlung aller Abkommen und Verträge mit auszuwärtigen Mächten zu verhandeln. Der Antrag bezieht sich auf die wichtigen Fragen der Verhandlung, Unterzeichnung und Ratifizierung jener Verträge, die sich auf militärische und wirtschaftliche Sanktionen erstrecken. Die Resolution verläßt in zwei Teile, von der der erste die Methoden betrifft und zwar nach den Ideen der Reichskonferenz von 1923, während der zweite Teil sich auf eine ähnliche Resolution der Reichskonferenz bezieht, die es den verschiedenen Regierungen und Parlamenten des Reiches freiließt, ob sie dem einen oder anderen Verträge beitreten wollen oder nicht.

Premier King bezeichnete als Grund für Einbringung dieser Resolution den Umstand, daß für Oktober d. J. eine weitere Reichskonferenz nach London einberufen ist. Die Vertreter der Regierung, die an dieser Konferenz teilnehmen werden, sollten in den Stand versetzt werden, die Resolution der Reichskonferenz mitzuteilen. Die Resolutionen hatten bereits die Zustimmung der britischen, australischen, kanadischen, südafrikanischen und des Reiches freiließt, wie auch der Vertreter Indiens gefunden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede verwies der Premier auf die verschiedenen Verträge, die seit der letzten Reichskonferenz zwischen Canada und anderen Ländern abgeschlossen worden sind, um dann auf den Locarnopakt einzugehen. Die britische Regierung habe es als ihr Pflicht erkannt, daß auf der nächsten Reichskonferenz alle Teile dieses Vertrages unter Berücksichtigung des ganzen Reiches und seiner verschiedenen Teile betrachtet werden sollen. Es habe daher seinen guten Grund, daß das Unterhaus nun erkläre, ob das Parlament befragt werden solle, bevor Canada sich am Locarnopakt beteilige. Canada sei nicht verpflichtet, diesen Abkommen beizutreten und werde auch in keiner Weise durch das Unterhaus gezwungen, wenn nicht die Regierung dieses Landes ihren Wunsch in dieser Beziehung zum Ausdruck bringe. Bis jetzt sei der Regierung noch kein Grund vorhanden, warum sie zur Zeit Verpflichtungen übernehmen müsse, besonders da die britische Regierung selbst den Wunsch geäußert habe, daß eine endgültige Entscheidung in dieser Frage erst nach gründlicher Überlegung auf der Reichskonferenz getroffen werden solle. Er trete dafür ein, wenn Canada auf der Reichskonferenz vertreten sein werde, solle es bezüglich des Locarnopaktes den Standpunkt einnehmen, daß das Parlament erst den Vertrag aufzuheben müsse, bevor Canada eine Vertragspartei werden könne.

Auch die bekannte Rede des konservativen Führers Arthur Meighen in Hamilton im Herbst letzten Jahres wurde vom Premier in die Debatte eingebracht. Meighen hatte damals gesagt, daß in Zukunft, wenn wiederum die Angelegenheiten eines neuen Krieges am Horizont erschienen, das ganze canadische Volk durch eine Abstimmung befragt werden solle, bevor der erste Schritt zum Krieg verläßt. Die Aufhebung dieser Frage brachte Herrn Meighen auf den Plan, der bezeugt, daß er jemals die Meinung vertreten habe, als solle die Regierung ohne Rücksicht auf das Parlament in der Frage von Krieg und Frieden vorgehen. Wenn man aber

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Das 10. Briand-Kabinett.

Caillaux soll Frankreichs Finanzen retten

Poincare auf die Seite gezogen.

Paris, 26. Juni. — Kritische Briand hat sein zehntes Kabinett nicht an hingenommen. Mehrere Minister, die Caillaux vorschlug, aufgenommen. Parlamentarische Sachverständige meinen, daß Briands Kabinett über eine geringe Mehrheit verfügen wird, um alle Gesetzvorlagen durchzubringen.

Briand ließ, wie erklärt wird, Poincare, hauptsächlich deshalb, weil dieser ein entscheidender Gegner des Briand-Kabinetts war. Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen:

Premier und Ausland, Aristide Briand;
Finanzen, Joseph Caillaux;
Justiz, Rabat;
Marine, Regoules;
Agricultur, General Guillaumat;
Handel, Chapal;
Landwirtschaft, Vinet;
Kolonial, Perrier;
Inneres, Durand;
Unterricht, Prof. Bertrand Nogaro;

Öffentliche Arbeiten, Daniel Vigne;
Arbeit, Durand;
Pension, Jourdain.

Briand hatte Caillaux von allem Anfang an das Recht eingeräumt, die Minister zu ernennen, welche durch keine Politik der rigorosen Sparmaßnahmen in erster Linie berührt werden; nämlich Krieg und Marine. Auch wurde ihm eine beratende Stimme in der Auswahl des Justizministers erteilt.

Landesverweis für unruhige Abgeordnete

Prag, Kiedschlow, 26. Juni. Die Ausweisung aus dem Lande als Strafe für unordentliches Verhalten während einer Sitzung der Deputiertenkammer wurde heute vom Staatsanwalt für 21 kommunistische und sechs sozialistische Mitglieder beantragt, unter denen sich zwei weibliche Abgeordnete und der frühere Reichsminister für soziale Angelegenheiten befinden.

Das Komitee für die Straffreiheit parlamentarischer Mitglieder wird über den Antrag entscheiden.

Widerruf des russisch-britischen Handelsabkommens?

Holländischen Sozialisten Landung verweigert

Entschuldigungen über die kommunistischen Treibereien in England

London, 25. Juni. — Während einer Debatte über einen Antrag auf Widerruf des britischen Handelsabkommens mit Sowjet-Rußland machten Arbeitermitglieder bedingte Unterbrechungen. Der stellvertretende Sprecher Hope, welcher den Vorschlag führte, suspendierte dabei die Sitzung. Im britischen Unterhaus kam ferner zur Sprache, daß die Hafenbehörden auf Veranlassung der Regierung kürzlich zwei holländischen Sozialisten, Timmen und Dunder, die zur Auswanderungszweck des internationalen Arbeiterverbandes kamen, die Erlaubnis zur Landung verweigert haben. Der Staatssekretär des Innern begründete das Verbot damit, daß die holländischen Sozialisten

fürzlich bei dem Generalkongress in England versucht hätten, den britischen Handel zu fördern, indem britische Schiffe in holländischen Häfen aufhalten werden sollten.

London, 25. Juni. — Ein Glaubensbekenntnis der britischen Regierung enthält die angebliche Tätigkeit der kommunistischen Partei in Großbritannien und ihre Beziehungen zu Moskau. Viele Briefe von verschiedenen Kommunisten an ihre Agenten in Großbritannien sind mitgeteilt. Ein Brief, der sich mit der Bewegung der Bergleute befaßt, vom August 1925, war an die Propaganda-Abteilung der kommunistischen Internationale gerichtet.